

05.12.1988

Beschlußempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/3500, 10/3740 und 10/3780
- 2. Lesung -

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1989
Haushaltsgesetz 1989

Einzelplan 04 - Justizminister

Berichterstatter Abgeordneter Frechen SPD

Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 04 wird mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen angenommen.

Datum des Originals: 05.12.1988/Ausgegeben: 05.12.1988

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (0211) 8842439, zu beziehen.

BerichtA Beratungsergebnis des Fachausschusses

Der Entwurf des Einzelplans 04 wurde vom Rechtsausschuß beraten. Das Ergebnis ist in dem beigehefteten Bericht - Vorlage 10/1858 - dargestellt.

B Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuß

Das für alle Einzelpläne zusammengefaßte Ergebnis der Beratung des Personaletats in der Arbeitsgruppe - "Personalbedarf und Stellenpläne" und im Haushalts- und Finanzausschuß ist aus dem Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 1989 - Drucksache 10/3815 - sowie im einzelnen aus der als Anlage beigelegten Zusammenstellung der Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten zu ersehen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat sich am 1. Dezember 1988 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 04 befaßt. Er folgte den Änderungsempfehlungen des Rechtsausschusses und der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne".

Bei der Gesamtabstimmung nahm der Haushalts- und Finanzausschuß den Entwurf des Einzelplans 04 unter Einbeziehung der Änderungsempfehlungen des Rechtsausschusses und der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P. zur 2. Lesung an.

Weiss
Vorsitzender

Beigeheftet: Vorlage 10/1858
Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministers
mit
Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen
Anlage 1: Änderungen in den Stellenplänen und
Stellenübersichten

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

10. Wahlperiode



Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1989

Einzelplan 04 - Justizminister

- Drucksachen 10/3500 und 10/3740 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Rechtsausschusses

Berichterstatter Abgeordneter Schreiber SPD

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 04 - Justizminister - wird mit den aus dem nachfolgenden Bericht ersichtlichen Änderungen angenommen.

A Allgemeines

Der Rechtsausschuß hat den Entwurf des Einzelplans 04 in seinen Sitzungen am 5. Oktober und 2. November 1988 beraten und am 23. November 1988 die vorhergehende Beschlußempfehlung gefaßt.

Mit in die Beratungen einbezogen wurden dabei auch die Vorlagen des Justizministers mit dem Gesamtüberblick über den Personalhaushalt (Vorlage 10/1727) sowie über die sächlichen Ausgaben und Ausgaben für Investitionen (Vorlage 10/1726).

Mit Schreiben vom 9. Juni 1988 formulierte der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands, Landesverband e. V. Nordrhein-Westfalen seine Anforderungen hinsichtlich neuer Stellen für den Bereich des Strafvollzuges zum Personalhaushalt 1989 und stellte dem einige grundsätzliche Anmerkungen zur Personalwirtschaft im Strafvollzug voran. Diese Zuschrift 10/2087 wurde ebenso mit in die Beratungen einbezogen wie die Forderung der Landesarbeitsgemeinschaft der Sozialarbeiter/Sozialpädagogen bei den Vollzugsanstalten des Landes Nordrhein-Westfalen, die personelle Ausstattung der Vollzugsanstalten mit Sozialarbeiter und Sozialpädagogen zu verbessern (Zuschrift 10/2147).

Anmeldungen zum Personalhaushalt des Landes NRW 1989 der Arbeitsgemeinschaft Justiz im Deutschen Beamtenbund bezogen sich auf den Bereich des Strafvollzuges, den Bereich des einfachen und mittleren Justizdienstes sowie der Arbeiter und Angestellten im Justizdienst, auf den Rechtspfleger- sowie den Gerichtsvollzieherbereich. Auch dieses Schreiben vom 4. Juli 1988 (Zuschrift 10/2170) fand bei den Beratungen im Rechtsausschuß Berücksichtigung; gleichfalls auch die Anmeldung des Deutschen Anwaltsvereins e. V. Landesgruppe Nordrhein-Westfalen zum Personalhaushalt (Zuschrift 10/2171). Beantragt wird, für das Jahr 1989 mindestens 20 Anwärterstellen für das Land Nordrhein-Westfalen zu bewilligen.

Der Landtag hat in seinem Überweisungsbeschluß zum Haushaltsgesetz die Fachausschüsse mit der Maßgabe beteiligt, daß die Beratung des Personalhaushalts im Haushalts- und Finanzausschuß erfolgen soll. Gleichwohl hat der Rechtsausschuß auch hier einen Beratungsbedarf gesehen; Änderungen allerdings nicht beschlossen.

Der Entwurf des Einzelplans 04 wurde mit den vom Ausschuß beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. angenommen.

B Einzelberatung

Alle drei Fraktionen als auch der Justizminister waren sich bei den Beratungen des Einzelplans 04 einig, daß aufgrund des gestiegenen Geschäftsanfalls die Personalsituation bei den Gerichten immer kritischer wird. Die Oppositionsfraktionen sehen die Gefahr, daß trotz intensiven Einsatzes der Richter und Staatsanwälte der Zeitpunkt irgendwann erreicht wird oder gar schon erreicht ist, wo die Rechtspflege ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen kann. Justizministerium und Regierungsfraktion wiesen darauf hin, daß allein über eine Stellenvermehrung dem Problem nicht beizukommen sei. Der Justizminister hofft, über die konkreten Vorschläge der von ihm eingesetzten Kommission zur Entlastung der Zivilgerichtsbarkeit zu einer Entlastung der Gerichte zu kommen.

Durch aufgabenkritische Überprüfung und Stellenumwandlung sei es möglich, so der Justizminister, neue Stellen zur Verstärkung der ordentlichen Gerichte, Staatsanwaltschaften und Verwaltungsgerichte vorzusehen. Auch der Strafvollzug sei durch aufgabenkritische Überprüfung immerhin mit 58 Stellen verstärkt worden. Der Justizminister war sich mit den Fraktionen einig, daß insbesondere im Vollzug eine ausreichende personelle Ausstattung vorhanden sein muß, um die gesetzlich geforderte Resozialisierung zu ermöglichen und einer Entwicklung in Richtung Verwahrvollzug entgegenzutreten.

Anträge zur Schaffung neuer Planstellen wurden nicht gestellt. Die CDU-Fraktion erklärte in der Abstimmungssitzung, daß sie angesichts des vorgelegten Haushalts für das Haushaltsjahr 1989 keine Anträge stellen werde.

1. Sachgerecht und erforderlich ist nach Ansicht der antragstellenden SPD-Fraktion die Erweiterung des Amtsgerichtsgebäudes in Lünen. Sie beantragte deshalb bei

Kapitel 04 020 - Allgemeine Bewilligung
Titel 711 20 - Vorratsplanung für Justizbauten

die Erläuterungen in dem Abschnitt "Aus dem Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften" wie folgt zu ergänzen: "11. Erweiterung des Amtsgerichtsgebäudes in Lünen".

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2. Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde ebenso einstimmig angenommen, bei

Kapitel 04 040 - Gerichte und Staatsanwaltschaften
Titel 685 10 - Zuwendungen an den Bund Deutscher Schiedsmänner e. V. in Bochum

den Ansatz von 15 000 DM um 5 000 DM auf 20 000 DM zu erhöhen.

Die Zuwendungen dienen der Deckung der Kosten der Fortbildungslehrgänge von Schiedsmannsseminaren. Der Antrag soll sichtbar machen, daß eine stärkere Beteiligung des Schiedsmanns gerade auch bei zivilrechtlichen Streitigkeiten wünschenswert wäre. Ein verstärkter Zugriff bedingt eine ausreichende Fort- und Weiterbildung.

3. Zur Deckung der Mehrkosten in Höhe von 5 000 DM (Ziffer 2.) stellte die SPD-Fraktion den Antrag, bei

| | | |
|-----------------------|---|---|
| <u>Kapitel 04 020</u> | - | Allgemeine Bewilligungen |
| <u>Titel 632 10</u> | - | Anteil des Landes an den Kosten einer Kriminologischen Zentralstelle |

den Ansatz von 130 000 um 5 000 DM auf 125 000 DM zu kürzen. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion bei drei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen angenommen.

4. Der Antrag der SPD-Fraktion bei

| | | |
|-----------------------|---|--|
| <u>Kapitel 04 050</u> | - | Justizvollzugseinrichtungen |
| <u>Titel 684 10</u> | - | Zuwendungen an ... (verschiedene Träger) |

den Ansatz von 150 000 DM um 57 000 DM auf 207 000 DM zu erhöhen,

und in den Erläuterungen bei e) den Klammerzusatz zu streichen, den Betrag von 57 000 DM einzusetzen und den Gesamtbetrag auf 207 000 DM zu erhöhen wurde einstimmig, bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion, angenommen.

Der Mehrbetrag ist, so die Ausführungen der antragstellenden Fraktion, für "Die Waage-Köln" vorgesehen. Es handelt sich um eine Einrichtung, die sich im Jugendbereich um einen Täter-Opfer-Ausgleich bemüht und für welche nunmehr ein Finanzierungs- und Personalkonzept vorliegt. Über den neu eingesetzten Betrag in Höhe von 57 000 DM soll das Projekt zu einem Drittel vom Land mitfinanziert werden.

5. Zur Deckung wurde von der SPD-Fraktion beantragt, im gleichen Kapitel bei

| | | |
|---------------------|---|--|
| <u>Titel 656 10</u> | - | Arbeitslosenversicherung für Gefangene |
|---------------------|---|--|

den Ansatz von 12 700 000 um 50 000 auf 12 650 000 zu vermindern, sowie bei

Titel 671 10 - Erstattungen an Aufsichtskräfte und Personen für die Verpflegung von Gefangenen usw.

den Ansatz von 72 200 um 7 000 auf 65 200 zu mindern.

Der Rückgang der Gefangenenzahlen läßt nach Meinung der antragstellenden Fraktion solche Kürzungen und Reduzierungen der Mittel zu. Der Justizminister hält die Kürzungen für vertretbar auch angesichts der Entwicklungen der Ist-Ausgaben.

Beide Deckungsanträge wurden mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

Schreiber

Vorsitzender

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1989

Einzelplan 04: Justizminister

Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

MM D 1 0 / 3 8 0 4 - 9

Einzelplan 04: Justizminister

Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen

| Kapitel Titel | Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen) | Ansatz nach dem Entwurf DM | mehr (+) weniger (-) DM | Neuer Ansatz DM |
|------------------|---|----------------------------------|-------------------------------|--------------------|
| <u>04 020</u> | <u>Allgemeine Bewilligungen</u> | | | |
| 632 10 | Anteil des Landes an den Kosten einer Kriminologischen Zentralstelle | 130.000 | - 5.000 | 125.000 |
| 711 20 | Vorratsplanung für Justizbauten (Ergänzung der Erläuterungen unter dem Ab- schnitt "Aus dem Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften":) | 650.000 | - | 650.000 |
| | <u>11. Erweiterung des Amtsgerichtsgebäudes in Lünen</u> | | | |
| <u>04 040</u> | <u>Gerichte und Staatsanwaltschaften</u> | | | |
| 685 10 | Zuwendungen an den Bund Deutscher Schieds- männer e.V. in Bochum | 15.000 | + 5.000 | 20.000 |
| <u>04 050</u> | <u>Justizvollzugseinrichtungen</u> | | | |
| 656 10 | Arbeitslosenversicherung für Gefangene | 12.700.000 | -50.000 | 12.650.000 |
| 671 10 | Erstattungen an Aufsichtskräfte und Personen für die Verpflegung von Gefangenen und Arrestan- ten sowie Aufsichtservergütungen beim Vollzug von Freizeitarrrest und Kurzarrest in Freizeitarrrest- räumen | 72.200 | - 7.000 | 65.200 |
| 684 10 | Zuwendung an die Zentrale des Sozialdienstes katholischer Männer e.V., an das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland, an die Arbeiterwohlfahrt Bezirk Niederrhein e.V., an den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband Nordrhein-Westfalen e.V. und sonstige (Änderungen der Erläuterungen unter e):) | 150.000 | +57.000 | 207.000 |

MM D 10 / 3804

- 10

Einzelplan 04: Justizminister

Anlage: Änderungen in den Haushaltsansätzen

633

| Kapitel Titel | Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen) | Ansatz nach dem Entwurf DM | mehr (+) weniger (-) DM | Neuer Ansatz DM |
|------------------|--|----------------------------------|-------------------------------|--------------------|
|------------------|--|----------------------------------|-------------------------------|--------------------|

(04 050)

e) an den Verein zur Förderung des Täter-Opfer-
Ausgleichs e.V. in Köln, Modellprojekt
"Die Waage-Köln" 57.000 DM
Zusammen 207.000 DM

Einzelplanabschluß unverändert:

| | | | |
|------------------------------|---------------|---|---------------|
| Gesamteinnahmen | 1.090.988.200 | - | 1.090.988.200 |
| Gesamtausgaben | 2.839.371.300 | - | 2.839.371.300 |
| Verpflichtungsermächtigungen | 58.055.500 | - | 58.055.500 |

MM D10 / 3804

-M

Einzelplan 04: Justizminister

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

| Bes.Gr. Verg.Gr. Lohn Gr. | Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke | Stellenzahl nach dem Entwurf | mehr (+) weniger (-) | Neue Stellenzahl |
|---------------------------------|--|---------------------------------|-------------------------|------------------|
|---------------------------------|--|---------------------------------|-------------------------|------------------|

04 040 Gerichte und Staatsanwaltschaften

422 10 Bezüge der Beamten (und Richter)

Leerstellen

R 2

Vorsitzender Richter am Landgericht
Richter am Oberlandesgericht
Oberstaatsanwalt

20

+ 1

21

Leerstellen

R 1

Richter am Amts- oder Landgericht
Staatsanwalt

77

- 1

76

MM D 1 0 / 3 8 0 4 - 1 2

Einzelplan 04: Justizminister

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

| Bes.Gr. Verg.Gr. Lohn Gr. | Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke | Stellenzahl nach dem Entwurf | mehr (+) weniger (-) | Neue Stellenzahl |
|---------------------------------|--|---------------------------------|-------------------------|------------------|
|---------------------------------|--|---------------------------------|-------------------------|------------------|

426 10 Bezüge der Arbeiter

II MTL
Reinigungsdienst
(Dienststart 06)

422

-

422

(neuer Vermerk:)

zu Lohngruppe II MTL, Dienststart 06:

14 (-) Stellen kw

Einzelplanabschluß unverändert

MM D 1 0 / 3 8 0 4 - 13